

der vielen Mittel dazu. Wie dieser vom Ausland systematisch organisiert wird, dazu noch ein Beispiel. In mehreren neutralen Staaten ist der Gedanke erwogen und teilweise — wie in Spanien — wohl auch durchgeführt worden, die Bestände an Markguthaben, Kronen usw. derart flüssig zu machen, daß man eigene Finanzgesellschaften gründet, die gegen Ausgabe von Obligationen diese entwerteten Valuten ankaufen und dann mit ihnen Aktien usw. des Heimatlandes erwerben.

Die schädlichen Nachwirkungen, die aus dem Effektenausverkauf fließen, zu beseitigen und zu bannen, ist eine Forderung, die leicht zu erheben, aber kaum durchzuführen ist. Ein naheliegender Gedanke wäre der, beim Verkauf von Effekten an Ausländer ebenso wie bei Waren Valutazuschläge zu erheben, um auf diese Weise die Kluft zwischen Binnenwert und Außenwert unseres Geldes zu überbrücken; denn obwohl die Effekten aller Art (außer den Staatsfonds und Kriegsanleihen, die reinen Papiermarkwert haben!) im Kurse sehr gestiegen sind, um so mehr gestiegen sind, als sie real gedeckt sind oder halbe »Valutapapiere« sind, haben sie doch den Weltmarktpreis noch lange nicht erreicht. Eben deshalb ist auch dem Ausland Gelegenheit gegeben, sie unter dem wirklichen inneren Werte zu erwerben und uns um den Mehrwert zu pressen. Aber eine solche Regelung würde auf unüberwindbare technische Schwierigkeiten stoßen, die darin liegen, daß sich der Effektenverkehr natürlich mit Leichtigkeit unter Zuhilfenahme des Schleichhandels einer wirksamen Kontrolle entziehen könnte. So wird es hier im großen und ganzen bei der »wilden Ausfuhr« und dem jetzigen unorganisierten Zustand bleiben. Das Ausland schluckt Mehrwert zum Nachteil unserer Volkswirtschaft, und wenn einstmal die Aktien, die Obligationen und Anleihenpapiere Heimweh bekommen und in das Heimatland zurückwollen, dann erhält sie diese Heimat nur mit einem Aufschlag eingelöst, wie er durch das inzwischen erfolgte Anziehen unserer Valuta bedingt wird. Daß unsere Kapitalverschuldung an das Ausland infolge des planlosen Effektenverkaufs bedeutend größer wird, als sie es unbedingt sein müßte, daß wir tiefer in die Zinsknechtschaft hineingeraten, als es unbedingt erforderlich wäre, ist nicht minder einleuchtend.

Kapitalüberfremdung und Ausverkauf sind die beiden privatwirtschaftlichen Erscheinungen, in denen die modernen Ausbeutungsverhältnisse zwischen den Völkern, zwischen den kapitalistischen einerseits und den proletarischen andererseits, in die Erscheinung treten. Das Medium der Ausbeutung zwischen Lohnarbeiter und Kapitalisten ist der »freie« Arbeitsvertrag, und die Valuta ist unter den heutigen Verhältnissen ein Ähnliches, ein Werkzeug zur Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes.

## Marx und die Diktatur des Proletariats

Von Heinrich Cunow

Im diesmaligen Wahlkampf spielt noch weit mehr als bei den Januarwahlen des Vorjahres der Ruf nach Einführung der sogenannten Räte-diktatur eine Rolle, vor allem in jenen Wahlkreisen, wo die Spartakisten und der linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine beträchtliche Anhängerschaft besitzen. Die Vorgänge in den Wahlversammlungen solcher Gegenden lassen deutlich erkennen, daß man in gewissen kom-

munistischen und unabhängigen Kreisen glaubt, gegen die Mehrheitssozialdemokratie mit der Anschulldigung Wahlerfolge zu erringen, die Sozialdemokratische Partei habe durch ihre Ablehnung der Räterediktatur und durch ihr Zusammenarbeiten mit Demokraten und Zentrum die Lebensinteressen der Arbeiterklasse schmähdich verraten und die Marxsche Klassenkampflehre verleugnet. Marx habe gelehrt, daß zwischen der Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und der Durchführung einer sozialistischen, beziehungsweise kommunistischen Wirtschaftsordnung ein Zeitraum proletarischer Herrschaft, eine Periode »proletarischer Diktatur« liegen werde; die Mehrheitssozialdemokratie aber hätte diese Marxsche Auffassung verneint; sie suche lediglich auf dem Wege einer formal-bürgerlichen Demokratie unzulängliche Reformen durchzusetzen.

Als Beispiel, wie die deutsche Sozialdemokratie hätte vorgehen müssen, wird auf die Räterediktatur der Bolschewisten in Rußland hingewiesen und die von ihren Führern, besonders von N. Lenin (Wladimir Illjanow), aufgestellte Diktaturtheorie als völlig übereinstimmend mit der Marxschen Auffassung angepriesen — obgleich die bolschewistische Diktaturtheorie aus einer Verlegenheitssituation hervorgegangen und erst dann zum Dogma des Bolschewismus geworden ist, als nach dem ungünstigen Ergebnis der ausgeschrieben Konstituante wahlen die zur Herrschaft gelangten bolschewistischen Führer im Januar 1918 entdeckten, daß sie nur eine Minderheit des Proletariats hinter sich hatten und auf demokratisch-parlamentarischem Wege nicht zu regieren vermöchten. Schon vordem hatte freilich Lenin erkannt, daß die bolschewistische Partei, wenn sie im weiteren Laufe der russischen Revolution, wie er zuversichtlich erwartete, zur Herrschaft kommen würde, in Anbetracht der Zersplitterung des russischen Sozialismus in eine Reihe verschiedener Parteigruppen und der zwischen diesen Gruppen bestehenden Gegensätze voraussichtlich, um sich gegen diese Gruppen und die bürgerlichen Parteien behaupten zu können, nach dem Vorbild des französisch-jakobinischen Terrors zu einer terroristischen Diktaturgewalt werde greifen müssen, und diese Ansicht in einer Schrift, betitelt »Staat und Revolution — die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution« (auch in zwei deutschen Ausgaben erschienen, im Verlag der »Aktion«, Franz Pfemfert, Berlin 1918, und Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig 1919), unter Berufung auf Marx ausführlich zu begründen versucht; aber dieser Versuch fand zunächst selbst in den Reihen seiner eigenen Partei nicht ungeteilte Anerkennung. Man glaubte im November, Dezember 1917 noch in einem großen Teil der bolschewistischen Partei, unter dem Eindruck des jüngst erfolgten revolutionären Umschwungs auch im russischen Bauerntum eine Mehrheit finden zu können, und zog deshalb die Ausschreibung von allgemeinen Wahlen und die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung vor. Erst nachdem die Wahlen zuungunsten der bolschewistischen Partei entschieden hatten, fand in dieser die Leninsche Diktaturtheorie allgemeine Anerkennung und wurde dann nach der deutschen Novemberrevolution 1918 auch von den Spartakisten und einem Teil der Unabhängigen als konsequente Erläuterung und Vertiefung der Marxschen Diktaturidee übernommen.

Lenin geht in seiner Schrift von den im kommunistischen Manifest enthaltenen Sätzen über die Ergreifung der Staatsgewalt durch das Prole-

ariat und die Überführung der Produktionsinstrumente in Staatsbesitz aus. Er folgert daraus, daß das Proletariat, nachdem es sich durch eine Revolution der Staatsmaschinerie bemächtigt habe, zunächst die erlangte staatliche Repressionsgewalt dazu anwenden müsse, den alten Staat zu zerbrechen, das heißt dessen Institutionen zu demolieren und an die Stelle der alten Regierungsform die Diktatur des Proletariats zu setzen, um vermittels dieser die kommunistische Wirtschaftsordnung durchzuführen. Bisher beherrschte, erklärt er, die Bourgeoisie die Staatsmaschinerie; durch die Revolution zur Herrschaft gelangt, »zerbricht« aber das Proletariat diese Maschinerie und schafft sich seinen besonderen Zwecken entsprechende neue Regierungsinstitutionen, die es nun zur Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum benützt.

Bei diesem Vorgehen brauche das Proletariat, wenn es für seinen Zweck nötig scheint, keineswegs die Regeln der bürgerlichen Demokratie zu befolgen unter Respektierung des Prinzips, daß die Minderheit sich dem Willen der Mehrheit unterzuordnen hat. Die heutige kapitalistische Demokratie sei gar keine Demokratie im proletarischen Sinne; erst wenn der Widerstand der Kapitalisten gebrochen und die Klassen verschwunden sein werden, also eine gewisse wirtschaftliche Gleichheit hergestellt wäre, sei wirkliche Demokratie möglich. Der Weg der Entwicklung führe denn auch nicht dadurch von der bürgerlichen zur künftigen kommunistischen Freiheit, daß die heutigen kapitalistisch-demokratischen Institutionen allmählich ausgeweitet würden, sondern zunächst müßte der Widerstand der kapitalistischen Ausbeuter gebrochen, das heißt unterdrückt werden. So heißt es zum Beispiel in der genannten Schrift (S. 32 der Berliner Ausgabe):

Die Diktatur des Proletariats, das heißt die Organisation des Vortrupps der Geknechteten zur herrschenden Klasse, zur Niederdrückung der Ausbeuter, kann nicht einfach nur zu einer Erweiterung der Demokratie führen. Gleichzeitig mit der ungeheuren Ausbreitung der Demokratie wird diese zum ersten Male zu einer Demokratie für die Armen, für das Volk, und nicht zu einer Demokratie für die Wohlhabenden. Die Diktatur des Proletariats trifft eine Reihe Ausnahmen in bezug auf die Freiheit der Ausbeuter, Unterdrücker, Kapitalisten. Wir müssen sie unterdrücken, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien. Ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß, wo eine Unterdrückung stattfindet, wo Vergewaltigung geübt wird, es keine Freiheit, keine Demokratie gibt...

Eine Demokratie für die überwältigende Mehrheit des Volkes und die Niederhaltung mit Gewalt, das heißt die Ausschließung aus der Demokratie der Ausbeuter, der Bedrücker des Volkes — dies ist die Wandlung, die die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus durchzumachen hat.

Zum Beweis dafür, daß diese Auffassung auch von Friedrich Engels geteilt worden ist, beruft sich Lenin auf einen Brief von Engels an Bebel, in welchem ersterer den Gothaer Programmentwurf kritisiert (vergl. A. Bebel, Aus meinem Leben, 2. Teil, S. 318 ff.). Engels rügt dort den im Entwurf enthaltenen Ausdruck »freier Volksstaat« und fügt hinzu:

Der Volksstaat ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon durch die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Erscheinung ist, deren man sich im Kampfe, in

der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf, zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, statt Staat »Gemeinwesen« zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische *Kommune* sehr gut vertreten kann.

Dem äußeren Anschein nach kann aus dieser Engels'schen Äußerung geschlossen werden, auch Engels wolle sagen, die Arbeiterschaft solle nach der Inbesitznahme der Staatsgewalt auf die Anwendung demokratischer Regierungsformen verzichten. In Wirklichkeit aber handelt es sich nur um eine Zurückweisung des Ausdrucks »freier Volksstaat«; denn nach der Ansicht von Engels gibt es einen solchen »freien« Staat nicht, solange noch die kapitalistische Produktionsweise herrscht. Jeder Staat ist unter dieser Wirtschaftsform notwendig ein *Klassenstaat*, auch der demokratisch regierte, und selbst die von der Arbeiterschaft nach demokratischen Grundsätzen regierte rote Republik. Erst wenn alle Klassegegensätze verschwunden sind, kann man von wirklicher Freiheit sprechen — dann aber ist auch der Staat bereits verschwunden.

Für Lenins Auffassung, das Proletariat könne ohne Rücksicht auf demokratische Grundsätze nach Belieben diktatorisch verfahren, beweist demnach die Engels'sche Äußerung nicht das geringste.

Leider haben sich weder Marx noch Engels ausführlich darüber geäußert, wie sie sich die Diktatur des Proletariats denken; aus einzelnen Äußerungen läßt sich aber immerhin ihre Ansicht ziemlich deutlich erkennen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß Marx und Engels die Frage, ob, wenn eine Minderheit des Proletariats sich der politischen Gewalt bemächtigt, sich diese Minderheit zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft terroristisch-diktatorischer Maßnahmen bedienen darf, überhaupt nicht in Betracht gezogen haben. Für sie handelt es sich im kommunistischen Manifest nicht um einzelne Teile oder Parteien des Proletariats, sondern um das *Gesamtproletariat*. Sie nehmen an, daß die proletarische Bewegung schnell immer mehr anschwillt, die große Masse der Bevölkerung hinter sich bringt und sie erst dann, wenn sie zur entschiedenen Mehrheit geworden ist, dazu schreitet, sich der Staatsmaschinerie zu bemächtigen. Deshalb heißt es auch im kommunistischen Manifest:

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.

Damit scheidet die von Lenin gestellte Frage, ob denn etwa die zur Herrschaft gelangte proletarische Minderheit das demokratische Prinzip der Unterordnung der Minorität unter die Majorität befolgen solle, völlig aus. Nach Marx'scher Ansicht wird eben das Proletariat erst zur Herrschaft gelangen, wenn es die große Mehrheit der Bevölkerung umfaßt. Ist das aber der Fall, dann braucht es nach Erlangung der Macht auch nicht darauf zu verzichten, demokratische Regierungsformen anzuwenden; im Gegenteil, hat es die Mehrheit, dann kann die Benutzung solcher Formen seiner Herrschaft nur nützen. Sie wird sie dann vor aller Welt legitimieren. Deshalb vermag die proletarische Mehrheit, wenn sie

durch die Revolution in den Besitz der Staatsgewalt gelangt ist, auch nach Marxscher Ansicht nichts Besseres zu tun, als demokratisch zu regieren, das heißt solche Institutionen zu schaffen, die den Mehrheitswillen zum Ausdruck bringen. Wie Marx und Engels annehmen, muß daher das Proletariat auch in der Revolution alsbald dazu greifen, die Demokratie herzustellen. Ganz unmißverständlich heißt es im Kommunistischen Manifest:

Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie ist.

Deutlicher noch spricht sich Engels in seiner Kritik des Erfurter Programmwurfs aus (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 11):

Wenn etwas feststeht, so ist es das, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große Französische Revolution gezeigt hat.

Doch wir haben noch ein besseres Zeugnis dafür, was tatsächlich Marx und Engels unter der Diktatur des Proletariats verstanden haben, nämlich ihre beifälligen Äußerungen über die Regierungsweise der Pariser Kommune von 1871. Marx bezeichnet diese im »Bürgerkrieg in Frankreich« geradezu als jene »endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte«. Und Engels antwortet in seinem Vorwort zur dritten Auflage dieser Schrift auf die wiederholten gegnerischen Anzuspaltungen, was unter den Worten »Diktatur des Proletariats« eigentlich zu verstehen sei, klar und deutlich: »Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats!«

Beide, Marx wie Engels, erblicken also in der Pariser Kommune ein Beispiel proletarischer Diktatur. Besaß aber die Pariser Kommune so etwas wie Rätediktatur? Im Gegenteil, ihre Funktionäre waren Erwählte des allgemeinen Stimmrechts — und diese Ausdehnung des allgemeinen Stimmrechts wird von Marx als besonderer Vorzug der Kommune gepriesen. So heißt es in der Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation:

Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.

Und ferner:

Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug,

daß Gesellschaften ebensogut wie einzelne in wirklichen Geschäftssachen gewöhnlich den rechten Mann zu finden, und falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gutzumachen wissen. Andererseits aber konnte nichts dem Geiß der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.

Wie kommt aber Marx dann, obgleich er sich hier für die Anwendung des allgemeinen Stimmrechts, die Beamtenwahl und demokratische Selbstverwaltung ausspricht, dazu, für solches Regiment den Ausdruck »Diktatur des Proletariats« zu gebrauchen? Nun, weil er unter Diktatur nicht das Willkürregiment einer Arbeiterminderheit, sondern die energische Ausnutzung der Machtstellung der großen proletarischen Mehrheit ohne Rücksicht auf kapitalistische Widerstände versteht. In diesem Sinne spricht er auch von einer Diktatur der Bourgeoisie im heutigen Verfassungsstaat und von einer Ersetzung dieser Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur der Arbeiterklasse.

Das Wort Diktatur hat hier nicht die Bedeutung von »Gewaltherrschaft einer Minderheit«, sondern von rücksichtsloser Durchführung des Willens der Mehrheit gegenüber einer widerspenstigen kapitalistischen Minderheit; falls es zum Zwecke des Jurgeltungbringens des Mehrheitswillens nötig sein sollte, sogar vermittelt rücksichtsloser sogenannter despotischer Eingriffe in die überlieferten Besitzverhältnisse. Das ergibt sich deutlich aus der betreffenden Stelle des kommunistischen Manifests, wo Marx und Engels von den nach der politischen Machtergreifung des Proletariats nötigen Maßnahmen zur Unterdrückung der Bourgeoisie herrschaft sprechen. Es heißt dort nämlich:

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinausstreben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Damit wollen Marx und Engels keineswegs sagen, daß das Proletariat, nachdem es die politische Macht errungen hat, terroristisch verfahren soll. Unnötige Grausamkeiten, wie sie unter dem roten Schreckensregiment in Frankreich vorgekommen sind, müssen vermieden werden; aber ebensowenig kann das Proletariat als große Volksmehrheit die Durchführung seiner Beschlüsse an dem Widerstand einer kapitalistischen Minderheit scheitern lassen. So schreibt Friedrich Engels am 4. September 1870 an Marx über die Anwendung des Terrors (Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx, 4. Band, S. 329):

Wir verstehen darunter die Herrschaft von Leuten, die Schrecken einsflößen; umgekehrt, es ist die Herrschaft von Leuten, die selbst erschrocken sind. La terreur, das sind größtenteils nutzlose Grausamkeiten, begangen von Leuten, die selbst Angst haben, zu ihrer Selbstberuhigung. Ich bin überzeugt, daß die Schuld der Schreckensherrschaft Anno 1793 fast ausschließlich auf den überängsteten, sich als Patrioten gebärdenden Bourgeois, auf den kleinen Spießbürger und auf den bei der terreur sein Geschäft machenden Lumpenmob fällt.

Mag man die von Marx und Engels gewählten Ausdrücke »Diktatur« und »Despotie« für richtig oder irreführend halten, zweifellos ist jedenfalls, daß Marx und Engels unter der Bezeichnung »Diktatur des Proletariats« etwas ganz anderes verstanden haben als die bolschewistische Räterediktatur, die gar nicht eine Herrschaft des russischen Gesamtproletariats darstellt, sondern lediglich die terroristische Herrschaft einer proletarischen Parteiminderheit oder vielmehr bestimmter Führergruppen.

Zweitens aber widersprechen die bolschewistischen Versuche einer gewalttätigen Einrichtung kommunistischer Wirtschaftsformen durchaus der Marxschen Entwicklungsauffassung. Die bolschewistischen Staatsleiter suchen mit Gewalt ihr kommunistisches Ideal durchzuführen, das heißt den Kommunismus einer Wirtschaftsordnung aufzupropfen, die zu den am wenigsten entwickelten in Europa gehört. Dagegen lehrt Marx: »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«

Wirtschaftliche Ideale lassen sich nach Marxscher Lehre immer nur so weit verwirklichen, als die Entwicklung bereits die nötigen Vorbedingungen dafür hervorgebracht hat. Besitzt aber tatsächlich Rußland in höherem Maße als der Westen Europas diese Vorbedingungen?

Während bei Marx der Begriff der geschichtlichen Notwendigkeit und damit zugleich der wirtschaftlichen Entwicklungsreihe die größte Rolle spielt, denken die bolschewistischen Theoretiker, wie ihre Schriften zeigen, wesentlich voluntaristisch. Zwar findet man auch bei ihnen Möglichkeitserwägungen; aber über die Möglichkeit einer Durchführung wirtschaftlicher Umbildungen entscheidet in ihrer Auffassung weit weniger die geschichtlich gegebene Reihe wirtschaftlicher Entwicklungsformen als die jeweilige politische Situation, die Gunst der äußeren politischen Umstände. Der Grundgedanke des wirklichen Marxismus, daß die Durchführung sozialistischer Ideale an die Bedingung eines bestimmten Entwicklungsstadiums gebunden ist, tritt trotz aller äußerlichen Marxgläubigkeit der Bolschewisten hinter einen impulsiv-revolutionären Fortschrittsdrang zurück.

## Jugoslawische Politik

Von Pawao Jugowitsch

### I

#### Innere Politik<sup>1</sup>

Als ich Ende März den Staat der Serben, Kroaten und Slowenen verließ, stand die öffentliche Meinung im Banne dreier Ereignisse, die wohl äußerlich voneinander unabhängig aufgetreten sind, doch innerlich zusammen-

<sup>1</sup> Nach erfolgter Drucklegung des Artikels erhielt der Verfasser den Bericht, daß das Ministerium Protitsch dem Regenten die Erklärung abgab, infolge des Generalstreiks der Eisenbahner und Schiffer, des Aufstandes der magyarischen Irredenta und anderer Verwicklungen nicht mehr die Verantwortung für die Re-